

**Geschäftsführung  
Ausschuss für Verkehr**

Es informiert Sie	Runa Freiter
Telefon (0202)	563 - 4159
Fax (0202)	563 - 8050
E-Mail	verkehrsausschuss@stadt.wuppertal.de
Datum	27.01.2012

---

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr (SI/0599/12) am 25.01.2012**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Andreas Weigel ,

**von der CDU-Fraktion**

Herr Heinrich Bieringer , Herr Hans-Jörg Herhausen , Herr Kurt-Joachim Wolfgang ,  
Herr Frank Zitlau ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Volker Dittgen , Herr Arif Izgi , Herr Detlef-Roderich Roß ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Bettina Brücher ,

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralf Otto Jacob ,

**von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Peter Helbig ,

**von der WfW-Fraktion**

Herr Heribert Stenzel ,

**als sachkundige Einwohner/in**

Frau Sabine Schnake , Herr Ulrich Schulte , Herr Lorenz Walther , Herr Thomas Wängler ,

### Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Reinhard Behr , Herr Johannes Blöser , Herr Stefan Lederer , Herr Martin Lorenz , Herr Frank Meyer , Frau Hannelore Reichl , Herr Rainer Widmann , Herr Michael Wolff ,

### Gäste

Herr Lauersdorf und Herr Sommerauer von der WSW Energie & Wasser AG

### Schriftführerin

Frau Runa Freiter

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

---

Der Vorsitzende informiert, dass Top 1 entfällt und evtl. eine Sondersitzung zu diesem Thema anberaumt werden könnte. Ein Termin steht noch nicht fest.

Unter „Berichte und Mitteilungen“ meldet Frau Brücher (Bündnis 90/Die Grünen) eine Nachfrage zum Thema Kaisermeile an und der Vorsitzende wird zur Müngstener Brücke berichten.

Das Anliegen des ADFC auf Einrichtung eines Radfahrstreifens auf der Straße Westring wird unter Top 5 besprochen.

---

## **I. Öffentlicher Teil**

---

### **1 L419 -Planungsstand - Berichterstattung Straßen NRW-**

Die Berichterstattung wurde durch den Landesbetrieb abgesagt und zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

---

### **2 Kanalbaumaßnahme Kaiserstraße - Berichterstatte Herr Lauersdorf, WSW Energie & Wasser AG -**

Von der WSW Energie & Wasser AG waren die Herren Lauersdorf und Sommerauer vertreten. Herr Lauersdorf berichtete anhand ausgehängter Pläne zur Schmutzwasserkanalauswechslung und der daraus folgenden verkehrlichen Auswirkung. Der Baustellenbereich liegt zwischen den Schwebebahnhaltestellen Bruch und Hammerstein.

Die Auswechslung des Kanals soll in den Sommerferien 2012 durchgeführt werden; die Vorarbeiten dazu beginnen im Mai 2012. Die Grünfläche Hammerstein wird als Lagerfläche dienen und danach wieder hergestellt. Die betreffenden Schwebebahnstützpfiler werden gesichert.

Frau Schnake (WSW mobil GmbH) ergänzt, dass die Busverkehre in Richtung Vohwinkel über die als Einbahnstraße ausgeschilderte Kaiserstraße geführt

werden. In Gegenrichtung erfolgt die Umleitung über die Brucher Straße oder Grotenbecker Straße. Dies sei die bekannte, gängige Umleitung. Die Haltestellen werden entsprechend des Bauverlaufs angepasst.

Herr Lorenz (Verwaltung) weist darauf hin, dass die Fahrbahnerneuerung Westring durch die Stadt mit der WSW-Baustelle zeitlich abgestimmt ist.

Der Vorsitzende fragt, ob überlegt worden sei, das Dichterviertel zu öffnen. Herr Lorenz sieht die Öffnung nur vor, wenn sich die Erfordernisse ergeben sollten.

Frau Brücher (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Antwort, inwieweit der Radverkehr durch die Baumaßnahme beeinträchtigt ist.

Herr Lauersdorf erklärt, dass die Fahrbahnbreite durch die „wandernde Baustelle“ eingeschränkt würde, sodass die Radfahrer auf den Gehweg ausweichen müssten.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht.

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

3

### **Baustellensituation**

#### **- mdl. Bericht der Verwaltung -**

Herr Lorenz (Baustellenkoordinator) informiert zur Brücke Brändströmstraße, dass die Brückenbauarbeiten begonnen haben.

Der Verkehr auf der B7 im Bereich Werther Brücke wurde auf die nördliche Fahrbahnseite verschwenkt in Vorbereitung der Schwebebahnarbeiten und Umverlegung von Versorgungsleitungen. Größere Rückstaus seien hier nicht festzustellen, ebenso wie bei den Umbauarbeiten am Rolingswerth.

In Elberfeld wird an der Ohligsmühle ein 3. Baukran errichtet, sodass ab der 6.KW mit verstärktem Baustellen- und Anlieferverkehr zu rechnen ist.

Im Bereich des Parkhauses Wesendonkstraße haben die Tiefbauarbeiten begonnen. Die Zufahrt erfolgt über die Hofaue.

Die Ausschachtungsarbeiten für das Parkhaus und den Busbahnhof Döppersberg laufen ohne Probleme, obwohl der Abtransport über die B7 mit Auffahrt auf die A46 in Sonnborn erfolgt.

Außerdem berichtet er, dass Straßen NRW angekündigt hat, dass die A46 das nächste halbe Jahr Baustellen frei sein wird. Die nächsten Bauarbeiten – Errichtung von Lärmschutzwänden im Bereich Katernberg bis Varresbeck - beginnen in den Sommerschulferien 2012.

Weitere Informationen zu den Baustellen unter [www.wuppertal.de](http://www.wuppertal.de) .

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

4

### **Sachstandsbericht mobile Geschwindigkeitsüberwachung**

#### **Vorlage: VO/1079/12**

Herr Herhausen (CDU) erachtet die verstärkte Gewichtung auf Messungen in Tempo-30-Zonen für richtig. Er stellt anhand von Beispielen die Fehlerhaftigkeit der beigefügten Tabelle fest und bittet diese zu berichtigen. Außerdem fragt er, was gegen das Fahren mit stark überhöhter Geschwindigkeit unternommen wird.

Herr Wolff (Ordnungsamt) kann zur Ursache der bemängelten Unstimmigkeiten keine Auskunft geben, wird die Auswertung überprüfen und der Schriftführerin berichtet zukommen lassen.

Die Frage zu Maßnahmen gegen stark überhöhte Geschwindigkeit beantwortet er

mit den Möglichkeiten, die die Ordnungsbehörde hat: Verhängung von hohen Bußgeldern und Führerscheinentzug auf Zeit.

Der Vorsitzende erinnert an die vergangenen Diskussionen im Ausschuss zur Unfallkommission (UK). Es sei Aufgabe der Verwaltung innerhalb der UK zu prüfen, ob an Standorten mit stark überhöhten Geschwindigkeiten Entschärfungen durch z.B. Umbaumaßnahmen möglich sind. Anhaltepunkte durch die Polizei seien evtl. sinnvoller, da die Verkehrsteilnehmer unmittelbar auf ihr Fehlverhalten aufmerksam gemacht werden und nicht erst wesentlich später durch ein „Knöllchen“.

Herr Stenzel (WfW) weist darauf hin, dass sich fast 80 % aller Fälle unter 11 km/h Geschwindigkeitsüberschreitung befinden und zwischen 11 und 15 km/h Überschreitung fast 95 %.

Der Vorsitzende konstatiert, dass die Arbeit der Polizei und Ordnungsbehörden dazu geführt hat, dass es nur einen geringen Prozentsatz Raser gibt. Wichtig findet er die Unterscheidung, an welcher Stelle die Überschreitung stattfindet. Er bittet dazu Herrn Schulte von der Polizei zu Wort.

Herr Schulte (Polizei) bestätigt, dass eine Überschreitung von 11 km/h in Tempo-30-Zonen (Schulen, Kindergärten) anders zu werten ist als in Bereichen mit höherer zugelassener Geschwindigkeit. Physikalische Gründe sind Ursache, dass der 50 km/h Fahrende noch genau an der Stelle 50 km/h fährt, an der der Tempo 30 Fahrende bereits steht, d. h. die Aufprallgeschwindigkeit an der Stelle beträgt 50 km/h.

Die Polizei wird in 2012 wieder einige Aktionen zur Verkehrssicherheit und dem Thema Geschwindigkeit durchführen, die mit der Stadt abgestimmt werden.

Der Vorsitzende bittet Herrn Schulte, das Material zur Veranschaulichung von Brems- und Anhalteweg zu einer der nächsten Sitzungen mitzubringen, damit die Mitglieder sich einen Eindruck verschaffen können.

An die Ordnungsbehörde appelliert er, zu nächstlicher Stunde nicht nur den ruhenden, sondern auch den fahrenden Verkehr zu überwachen, da mit fortgeschrittener Uhrzeit die Zahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen drastisch zunimmt.

Herr Wolff sieht aus personellen Gründen keine Möglichkeit für die Ausweitung der Geschwindigkeitskontrollen in den Nachtbereich. Der Vorsitzende verweist auf die Option eines Schichtbetriebs.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

5

### **Fahrbahnerneuerung Westring Vorlage: VO/1071/12**

Der Vorsitzende fragt Herrn Stenzel, wieso sein im Zusammenhang stehender Antrag auf Einrichtung eines LKW Parkverbotes auf dem gesamten Westring (VO/1089/12) erst zur Sitzung am 18.04.12 angemeldet wird.

Herr Stenzel begründet, dass der Bezirksvertretung Vohwinkel Gelegenheit gegeben werden sollte, sich vorab mit diesem Thema zu befassen (Sitzung am 08.02.12).

Des Weiteren informiert der Vorsitzende, dass Herr Hoffmann-Gaubig (ADFC) zur heutigen Sitzung verhindert ist, jedoch sein - bereits per Mail an die Mitglieder versandtes - Anliegen auf Einrichtung von Radfahrstreifen auf der Straße Westring durch seinen Vertreter, Herrn Walther, begründet wird.

Herr Walther (Pro Bahn) greift aus dem Vorschlag von Herrn Hoffmann-Gaubig zwei Punkte heraus:

1. Das Problem LKW-Parken an der Stelle wäre mit dem Entsprechen des Anliegens gelöst.
2. Es würde eine durchgehende Ost-West-Verbindung in Vohwinkel für die

Radfahrer geschaffen, da der Radweg an der Corneliusstraße weiter bis zur Korkenziehertrasse führt.

Er bittet, bei Erneuerung der Fahrbahndecke die entsprechenden Radfahrstreifen zu markieren.

Der Vorsitzende stellt Einvernehmen her, den Vorschlag des ADFC an die Verwaltung mit der Bitte um Prüfung weiter zu leiten. Er weist jedoch auf den Konflikt zwischen der Einrichtung von Radfahrstreifen und dem LKW-Parken hin. Frau Reichl (Verwaltung) sichert eine Prüfung des ADFC-Anliegens zur nächsten Sitzung (18.04.12) unter Berücksichtigung des dann zu verhandelnden Antrages der WfW zu.

Frau Brücher (Bündnis90/Die Grünen) erachtet für die Fraktion die Anlage von Fahrradstreifen – gerade auch auf dem Westring als überregionalem Fahrradweg – als sinnvolle Maßnahme. Verwaltung und Politik wären sich ja bereits einig, dass bei Fahrbahnsanierungen auch geprüft wird, ob Fahrradstreifen angelegt werden können.

#### **Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 25.01.2012:**

Die Fahrbahnerneuerung Westring zwischen Brucher Straße und Gräfrather Straße wird mit Gesamtkosten von 300.000 € vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Vohwinkel beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

6

#### **Temporäre Einrichtung von Einbahnstraßen im Winter - vertagt aus Sitzung 30.11.11; Drucksache ist im Ratsinformationssystem zur Sitzung eingestellt - Vorlage: VO/0827/11**

Herr Behr (Verwaltung) informiert, dass das Thema aus formellen Gründen nochmals auf der Tagesordnung steht. Die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg hat in ihrer Sitzung am 10.11.11 das Thema vertagt und Prüfaufträge erteilt. Die Verwaltung habe diese bearbeitet mit dem Ergebnis, dass die BV in der Sitzung am 15.12.11 zur Straße In den Birken eine geänderte Beschlussempfehlung gegeben hat, zu der der Ausschuss nunmehr beschließen muss. Zur Vogelsangstraße hat die BV einen Beschluss gefasst hat, den der Ausschuss noch zur Kenntnis nehmen muss.

In den Birken

#### **Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 25.01.2012:**

Zum Vorbehaltsbeschluss des Ausschusses für Verkehr vom 30.11.11 zur Straße In den Birken wird nach Anhörung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg und deren geänderter Beschlussfassung am 15.12.11 der nachfolgende Beschluss (entsprechend BV) gefasst:

Es wird ein beidseitiges absolutes Halteverbot zwischen Jagdhausweg und Nevigeser Straße eingerichtet, und zwar in Form von Klappschildern, die ausschließlich im Extremfall auf- und nach Entschärfung der Verkehrssituation wieder zugeklappt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

Vogelsangstraße

Der nachstehende geänderte Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 15.11.11 wird ohne Beschluss entgegen genommen:

Die in der Drucksache VO/0827/11 vom 14.10.2011 genannten Haltverbotsstrecken werden mindestens auf die Hälfte reduziert.

Die Behindertenparkplätze bleiben erhalten. Die Anwohnerparkplätze sollen an eine andere Stelle verlegt werden.

Die Beschilderung erfolgt in Form von Klappschildern, die nur im Extremfall für einen begrenzten Zeitraum vom ESW aufgeklappt und bei Wegfall des Bedarfs wieder zugeklappt werden.

Die Regelungen werden zunächst auf den Winter 2011/12 begrenzt. Die Bezirksvertretung wird sich im nächsten Jahr erneut mit dem Thema befassen, wenn Erfahrungswerte vorliegen, inwieweit sich die Maßnahmen bewährt haben.

Der Beschluss der Bezirksvertretung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

---

#### **6.1 Ergebnis der ergänzenden Prüfung zur Drucksache VO/0827/11 Vorlage: VO/0827/11/1-A**

Beratung s. Top 6.

Die Entgegennahme ohne Beschluss erfolgt ohne weitere Wortmeldungen.

---

#### **7 Aufstockung des Etats im Ressort Strassen und Verkehr für barrierefreie Kreuzungen, Übergänge, Wege und Ampelanlagen - Antrag Behindertenbeirat - Vorlage: VO/0908/11**

Der Vorsitzende unterbreitet drei Vorschläge, wie mit dem Antrag des Beirats der Menschen mit Behinderung verfahren werden kann:

1. Der Antrag wird im Ausschuss diskutiert, aber wegen fehlender Mittel nicht entschieden werden können.
2. Der Antrag wird vertagt bis zum Zeitpunkt der Stellungnahmen zu den Haushaltsberatungen.
3. Der Antrag wird in den Finanzausschuss überwiesen, da es sich um ein haushalterisches Problem handelt.

Er erzielt Einvernehmen, dass zunächst gem. Pkt. 1 verfahren wird:

Dazu stellt er zwei Fragen an die Verwaltung:

1. Wie verfährt die Verwaltung bei Sanierungen, Erneuerungen, Erweiterungen und Neubauten von Kreuzungen?
2. Wie hoch sind die geschätzten Kosten, wenn alle Kreuzungen und Überquerungen Behinderten gerecht gestaltet werden?

Herr Beig. Meyer antwortet zur Frage 1, dass es einen Ratsbeschluss gibt, der bei allen Um- und Neubauten eine Barriere freie Ausführung vorschreibt. Der Ratsbeschluss wird konsequent umgesetzt. Allerdings sind von diesem Ratsbeschluss die bestehenden Anlagen, sofern sie nicht renoviert werden, ausgenommen.

Herr Blöser antwortet zur Frage 2 und schickt voran, dass es nicht am Willen der Verwaltung liegt, die entsprechenden Ausstattungen vorzunehmen, sondern es

am Geld mangle.

Anhand des Beispiels Kreuzung Fischertal, an der für ca. 23.000 € die taktilen baulichen Elemente entstanden sind, aber die Verkabelung der Anlage keine Blindenakustik ermöglichte, hätte alleine diese Verkabelung mindestens 90.000 € gekostet. Dies übersteigt die Finanzmöglichkeiten der Stadt.

Mit dem Blindenverein sei im Jahr 2000 abgestimmt worden, dass in Wuppertal Schwerpunktausrüstungen vorgenommen werden, d.h. an den Stellen, an denen besondere Verkehrsbeziehungen zwischen öffentlichen Einrichtungen bestehen, oder an Verknüpfungspunkten oder ähnlich wichtigen Orten.

Die jetzt geforderte flächendeckende Ausrüstung übersteigt bei Weitem die finanziellen Möglichkeiten im Investitions- wie im Unterhaltungsbereich.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach der Anzahl der Ampel geregelten Kreuzungen in Wuppertal.

Herr Blöser berichtet, dass es 350 Signalanlagen mit 1280 Überwegen gibt, von denen 125 bereits ausgerüstet seien. In der Anschaffung sei eine Anlage mit Akustik etwa doppelt so teuer wie ohne. Bei den Wartungskosten verdreifache sich der finanzielle Aufwand.

Im Verkehrsressort sei ein Team gebildet worden, welches zunächst den Bestand aufnehmen soll um herauszufinden, ob es z.B. Wegebeziehungen gibt, in denen sich Lücken befinden. Dementsprechend soll dann ein Programm aufgelegt werden, um Prioritäten zu setzen und Lückenschlüsse vorzunehmen.

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und führt eine Abstimmung zum weiteren Verfahren durch. Einstimmig sprechen sich die Mitglieder für eine Verweisung an den Ausschuss für Finanzen aus.

#### **Beschluss des Ausschusses für Verkehr vom 25.01.2012:**

Der Antrag wird zur Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH/KIJU verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

## **8**

### **Berichte WSW mobil GmbH**

Frau Schnake gibt eine kurze Rückmeldung zum Stimmungsbild bez. des am 09.01.2012 durchgeführten Fahrplanwechsels:

Es gab wenig Resonanz der Bevölkerung im Vergleich zu den vergangenen Jahren; auch kritische Kundenrückmeldungen hielten sich in Grenzen. Lediglich die Einstellung des NEC von Velbert nach Wuppertal (Beschluss der Stadt Velbert aus finanziellen Gründen) sei von der Stimmung her schwierig aufgenommen worden, jedoch auch hier sei die Zahl der Rückmeldungen überschaubar gewesen.

Somit sei der Fahrplanwechsel sehr gut gelaufen.

Der Vorsitzende bittet um Information zum Sachstand Nahverkehrsplan.

Frau Reichl (Verwaltung) informiert, dass in Abstimmung mit den WSW die ersten Gespräche geführt worden seien, um die Konzeption für die Aufstellung zu entwickeln. Sobald die Konzepte ausgearbeitet sind, wird die Verwaltung dem Ausschuss Bericht erstatten.

---

## 9 Berichte und Mitteilungen

### Kaisermeile

Frau Brücher (Bündnis 90/Die Grünen) fragt zum Thema Kaisermeile, warum die Drucksache zum Verkehrsgutachten des Vorhabenträgers nicht auch dem Ausschuss für Verkehr vorgelegt wird.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Gleiche auch für IKEA u.a. Projekte gilt, jedoch ein Ratsbeschluss existiert, der bestimmt, dass es einen federführenden Ausschuss geben muss und der sei hier der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen (StaWiBa). Bei großen Baumaßnahmen kann er sich vorstellen, dass die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr dort an diesem Teil der Beratung teilnehmen können. Es müsse eine Einigung erzielt werden, ob die Teilnahme nur als Zuhörer oder auch als Mitentscheider erfolgen soll.

Herr Beig. Meyer bestätigt, dass das Vorhaben Kaisermeile erhebliche Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in Vohwinkel haben wird und bietet an, die Mitglieder zur Sitzung des federführenden Ausschusses (StaWiBa) einzuladen zur gemeinsamen Beratung.

### Müngstener Brücke

Der Vorsitzende berichtet von einer Veranstaltung der Städte Remscheid, Solingen, Wuppertal und der Deutschen Bahn AG am 17.01.12 in Müngsten, an der u.a. auch Herr Dittgen, Herr Beig. Meyer und Herr Wängler (IHK) teilgenommen haben. Dort habe man sich über den Zwischenstand der Sanierung der Müngstener Brücke informieren lassen.

Die zu erneuernden Teile würden sich im Wesentlichen im oberen Bereich des Brückengerüsts befinden. Dazu würden 248 sog. Längsträger und die Brückenlager ausgetauscht werden. Nach der Sanierung wird die Brücke wieder mit Tempo 80 befahrbar sein; für den Güterverkehr wird sie nicht mehr frei gegeben. Die Restnutzungsdauer soll 30 Jahre betragen. Es wird davon ausgegangen, dass der Betrag in Höhe von 30 Mio. Euro zur Sanierung der Brücke nicht überschritten wird.

Abschließend gibt er noch einen Abriss zum Bauzeitenplan und die Information, dass der Brückenpark begehbar bleiben soll.

Andreas Weigel  
Vorsitzender

Runa Freiter  
Schriftführerin